

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 21. Februar 1969

Blatt 457

Sitzung des Wiener Landtages

21. Februar (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Wilhelm Stemmer wurde heute vormittag eine kurze Sitzung des Wiener Landtages abgehalten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, die Wiener Landarbeitsordnungs-Novelle 1969, führte Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP) aus, daß es sich bei den Änderungen um den Mutterschutz für Landarbeiterinnen und die Erklärung des Karfreitags zum Feiertag für die Angehörigen der evangelischen Kirchen AB und HB, der Altkatholischen Kirche und der Methodistenkirche handelt.

Die Gesetzesnovelle wurde ohne Debatte einstimmig beschlossen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, über den Stadtrat Hans Bock (SPÖ) referierte, betraf eine Änderung der Dienst- und Betriebsvorschrift der Wiener Verkehrsbetriebe. Die neuen Bestimmungen enthalten die Abgeltung der Mittagspause für Dienstnehmer der Verkehrsbetriebe und die Vermehrung der Höchstzahl der Unterbrecher von sechs auf acht innerhalb eines Zeitraumes von acht Tagen.

Die Novellierung wurde gleichfalls ohne Debatte einstimmig beschlossen.

Der dritte Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Mitgliedes des Bundesrates Ing. Rudolf Harramamach (ÖVP) im Zusammenhang mit einer Presse-Ehrenbeleidigungsklage. Wie Abg. Dr. Weninger (ÖVP) dazu ausführte, handelte es sich um einen im ÖAAB-Informationsblatt der

./.

Fachgruppe Bundesheer erschienenen Artikel, für das Ing. Harramach als verantwortlicher Redakteur zeichnete. Das Immunitätskollegium hatte sich mit dem bereits mehr als drei Jahre zurückliegenden Sachverhalt beschäftigt und beschlossen, dem Ansuchen des Gerichts nicht stattzugeben. Abg. Dr. Weninger beantragte, dem Ansuchen ebenfalls nicht stattzugeben. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt, Präsident Dr. Stemmer schloß die Sitzung.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

Gesperrt bis Schluß der Gemeinderatssitzung!Wahlkalender für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1969
=====

21. Februar (RK) Heute beschloß der Wiener Gemeinderat seine Auflösung. Am 27. April ist Wahltag. Wir bringen im folgenden eine Aufstellung der wichtigsten Termine, die bis zum Wahlsonntag eingehalten werden müssen:

21. Februar: Auflösungsbeschuß.

28. Februar: Wahlausschreibung.

Bis 7. März: Bestellung der Wahlleiter und der Vorsitzenden der Einspruchskommissionen. Anträge der Parteien auf Ausfolgung des Wählerverzeichnisses.

Bis 10. März: Nominierung von Mitgliedern der Wahlbehörden und Einspruchskommissionen durch die Parteien, allenfalls Beibringung der Unterschriften von wenigstens 100 Wahlberechtigten.

Bis 21. März: Hausanschlag der Kundmachung über die Auflegung des Wählerverzeichnisses. Konstituierung der Bezirkswahlbehörden und Einspruchskommissionen. Ausfolgung des Wählerverzeichnisses an die Parteien.

21. bis 30. März: Auflage des Wählerverzeichnisses.

Bis 30. März: Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis.

Bis 31. März: Verständigung der Einspruchsbetroffenen.

Bis 4. April: Einwendungen der Einspruchsbetroffenen.

Bis 5. April: Entscheidungen der Einspruchskommissionen und deren Zustellung.

Bis 6. April: Bezirkswahlvorschläge bis 13 Uhr. Bekanntgabe der Parteienreihenfolge an die Bezirkswahlbehörden.

Bis 8. April: Berufungen gegen Einspruchsentscheidungen, Verständigung des Berufungsgegners.

Bis 11. April: Stellungnahme des Berufungsgegners.

Bis 12. April: Berufungsentscheidungen der Bezirkswahlbehörde und deren Zustellung.

Bis 13. April: Anmeldung des Anspruchs auf Restmandate. Zahlung des Wahlkostenbeitrages. Festsetzung der Wahlsprengel. Bestimmung der Wahllokale, der Wahlzeit und der Verbotszonen.

Bis 17. April: Nominierung der Wahlzeugen. Ergänzung der Parteilisten.

- Bis 19. April: Stadtwahlvorschläge. Hausanschlag der Kundmachung über die Wahllokale.
20. April: Abschluß und Veröffentlichung der Parteilisten.
22. April: Öffentliche Kundmachung der Wahllokale, der Wahlzeit und der Verbotszonen.
23. April: Verlautbarung der angemeldeten Ansprüche auf Restmandate.
- Bis 24. April: Anträge auf Ausstellung von Wahlkarten.
26. April: Konstituierung der Sprengelwahlbehörden.
27. April: Wahltag.

-- --

Ballkalender
=====

21. Februar (RK) In der Woche vom 28. Februar bis 2. März finden folgende Ballveranstaltungen statt:

Freitag, 28. Februar: Arbeiterheim Hernals (Personalvertreter der Gas- und Stromkassiere), Kursalon (Wiener Städtische Versicherung), Sofiensäle (Elektroball), Wimberger (Gewerkschaft der Eisenbahner-Westbahnerball).

Samstag, 1. März: Albert Sever-Saal (Anhänger des Wiener Sportklubs), Baumgartner Casino (Tanzveranstaltung der "Gentlefolks"), Grünes Tor (Kameradschaftsbund 4), Hans Neroth's Studio "N" ("Flower Power"), Haus der Begegnung (Tauchclub Austria), Kursalon (Verband Tschechischer Handwerker in Wien), Palais Festetics (Firma Stölzle), Parkhotel Schönbrunn (Lastfuhrwerksgewerbe), Simmeringer Hof (Ball der Tschechen in Wien 11), Sofiensäle (Bau- und Holzarbeiter), Wimberger (Arbeitsgemeinschaft der Lohnschlächter St. Marx).

Sonntag, 2. März: Hans Neroth's Studio "N" (Beat-Club 1969, Nachmittag), Wimberger (Polizei Wien 16).

-- --

Die letzte Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

21. Februar (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Marek tritt der Gemeinderat in die Verhandlungen der 109 Punkte umfassenden Tagesordnung ein. Es war die letzte Sitzung dieser Wahlperiode.

Zunächst wird über Vorschlag der Sozialistischen Partei Dr. Otto Zöllner zum Ersatzmitglied des Beirates des Wiener Wohnbaufonds gewählt, da das bisherige Ersatzmitglied Abg. Dr. Staribacher sein Mandat zurückgelegt hat.

Städtebaulicher Ideenwettbewerb

Den ersten Verhandlungsgegenstand bildet ein internationaler städtebaulicher Ideenwettbewerb zur Gestaltung eines neuen Stadtteiles im Gebiet Inzersdorf-Vösendorf. Wie Berichterstatter GR. Ing. Hofmann (SPÖ) ausführt werden die Kosten des Wettbewerbes mit 3,3 Millionen angenommen; in dieser Summe sind rund zwei Millionen Schilling für die Verleihung der Preise vorgesehen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl (ÖVP) gibt namens seiner Fraktion die Zustimmung zu dieser Vorlage, bedauert aber die Verzögerung, da die dafür vorgesehenen Drasche-Gründe bereits im Jahr 1962 von der Gemeinde Wien erworben wurden. Infolge der Größe der zu verbauenden Fläche ist für die Stadt Wien die einmalige Chance gegeben, optimal städtebaulich zu planen. Da in der künftigen Drasche-Stadt mit einer Wohnbevölkerung von etwa 50.000 Menschen zu rechnen ist, entspricht dies einer mehrjährigen Bautätigkeit der Stadt Wien. Dabei darf nicht die Altstadterneuerung vernachlässigt werden. Auch die anscheinend unterbrochene Grünflächenplanung muß wieder aufgenommen werden. Der Redner schließt mit dem Appell, die innerstädtischen Probleme nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. (Beifall bei der ÖVP.)

./.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) hebt hervor, daß Wien mit der Beschlußfassung über diesen Ideenwettbewerb in eine neue Phase der Stadtentwicklung eingtritt. Da dieses Gebiet noch nicht abgeschlossen ist und die Vorbereitungen besonders sorgfältig durchgeführt werden müssen, ist die Ausschreibung eines internationalen städtebaulichen Wettbewerbs angebracht, um wirklich eine optimale Lösung zu erreichen. Da das Projekt nicht an den Grenzen von Wien halt macht, stellt es praktisch eine Regionalplanung dar. Durch die bereits in Ausarbeitung befindlichen Projekte wird der Raum 34 Quadratkilometer oder acht Prozent des Wiener Stadtgebietes umfassen. Das projektierte Planungsgebiet gliedert sich harmonisch in die schon bestehenden Ansiedlungen ein. Es werden dort in Zukunft 60.000 bis 70.000 Menschen angesiedelt werden, für die auch die notwendigen Arbeitsplätze - man rechnet mit 25.000 bis 30.000 - geschaffen werden müssen. Man wird für den Bau auch die am südlichen Stadtrand von Wien befindlichen Fertigteilfabriken heranziehen und durch vielfältige Varianten das Bild abwechslungsreich zu gestalten versuchen. Das vorgesehene Gebiet sei prädestiniert, die Visitenkarte Wiens zu werden, und daher müsse bei der Planung besondere Sorgfalt und Vorsicht angewendet werden.

Die geplanten Wohnungen sollen qualitätsmäßig besser gebaut werden und auch größer sein. Es muß für die Unterbringung von Ärzten gesorgt werden, für entsprechende Einkaufsmöglichkeiten, für Dienstleistungsbetriebe, Sozialeinrichtungen und öffentliche Einrichtungen.

Ein Detailmarkt für 50 Marktstände und einen Landparteienplatz ist vorzusehen. Von vordringlicher Bedeutung sei die verkehrsmäßige Erschließung, wobei auch auf die künftige U-Bahn-Planung Rücksicht zu nehmen ist. Pro Wohnung ist für einen Pkw-Abstellplatz vorzusorgen, für je zehn Wohnungen ein zusätzlicher Besucherparkplatz sowie die notwendigen Parkplätze für Lokale und sonstige öffentliche Einrichtungen.

An Schulen werden 15 bis 30 Volks- und Hauptschulen und Sonderschulen notwendig sein, ein bis zwei Schulen für den polytechnischen Lehrgang, ferner Berufsschulen und allgemeinbildende höhere Schulen.

Die 20 bis 30 Kindergärten und die Volksschulen sollen von keiner Wohnung weiter als 500 Meter entfernt sein. Selbstverständlich müssen auch Jugendzentren, Spielplätze, Volksheime, Kirchen, Erholungsflächen und Sportplätze errichtet werden.

Bei der Ansiedlung von Industriebetrieben ist darauf zu achten, daß es keine Betriebe sind, die eine Verunreinigung der Luft verursachen würden.

Einige Schwierigkeiten infolge zu geringen Gefälles wird es bei der Kanalisation geben. Hier wird durch Pumpstationen Abhilfe geschaffen werden müssen.

Die Planungsunterlagen seien so beschaffen, daß die Richtung angegeben ist, in der die Planung erfolgen kann. Die Architekten werden darüber hinaus vollkommen freie Hand haben. Natürlich muß aber die Wirtschaftlichkeit gewahrt bleiben, denn die Wohnungen und Einrichtungen müssen ja von den Menschen, die dort wohnen, bezahlt werden.

Nach diesem internationalen Wettbewerb soll auch einer für die WIG 74 ausgeschrieben werden. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß fast sämtliche Aufträge der Stadt Wien an private Architekten vergeben werden. Nicht einmal ein Prozent wird von der eigenen Architekturabteilung erstellt.

Auch der Grünflächenplanung wenden die Sozialisten größtes Augenmerk zu. Die ÖVP dürfte ihr Herz für diese Grünflächenplanung erst heute entdeckt haben, denn bei der Beschließung des Bäderkonzepts hat sie ihre Zustimmung nicht gegeben.

Abschließend meint der Redner, daß mit dem vorliegenden Antrag die Weichen für diesen Schritt in die Zukunft gestellt werden. Das große Projekt wird bis zu seiner Vollendung einen Zeitraum von zwanzig bis dreißig Jahren erfordern, also in das Jahr 2.000 reichen.

GR. Ing. Hofmann stellt im Schlußwort zur Frage, wann die beste Zeit für einen Architekturwettbewerb sei, fest: dies ist der Zeitpunkt, wo alle notwendigen Vorarbeiten so weit gediehen sind, daß man nach dem Ideenwettbewerb an die Realisierung schreiten kann.

Die städtischen Grundstücke in diesem Planungsgebiet sind leider nicht zusammenhängend, und viele Tausch- und Kaufaktionen waren notwendig und sind es teilweise noch. Heute könne man jedoch annehmen, daß die eingereichten Entwürfe verwirklicht werden können.

Alle bemühen sich um eine Auflockerung der Altstadt, doch sind es im Augenblick nichts als Pläne auf dem Papier, weil die reichlichen Voraussetzungen fehlen. Genau so ist die Situation auf dem Gebiet der Altstadterneuerung, wo außer guten Plänen so lange nichts zu erreichen sein wird, als nicht auf Bundesebene eine Regelung geschaffen wird, die zur Verwirklichung der Pläne die Grundlagen geben.

(Der Antrag wurde einstimmig angenommen.)

Beteiligung an Kreditbürgschaftsgesellschaft

VBgm. Felix Slavik (SPÖ) referierte über die Beteiligung an einer neu zu gründenden Kreditbürgschaftsgesellschaft mit einer Einlage von 20 Millionen S. An der Gesellschaft (Stammkapital 45 bis 50 Millionen S) werden sich die Kammer der gewerblichen Wirtschaft mit gleichfalls 20 Millionen Schilling und Kreditinstitute mit fünf bis zehn Millionen Schilling beteiligen. Die Kreditaktionen, in deren Rahmen langfristige Kredite bis zu einem Gesamtvolumen von 250 Millionen Schilling Zinsenzuschüssen gewährt werden können, sollen die erlahmte Investitionsfreudigkeit anregen. Die Darlehen sollen eine Laufzeit von zehn bis 25 Jahren, in Ausnahmefällen bis 30 Jahre haben und zu einem Zinssatz von derzeit 7 bis 7,5 Prozent p.a. gewährt werden. Die Stadt Wien gewährt dazu Zinsenzuschüsse.

GR. Lauscher (KLS): Untersuchungen zufolge stehen Wien und Niederösterreich an letzter Stelle aller in Österreich getätigten Investitionen. Seine Fraktion habe in einem Brief an den Bürgermeister neuzuschaffende Industrie- und Forschungsprojekte angeregt.

./.

Es genügt nicht, festzustellen, daß wir bis zum Jahr 2000 hunderttausend neue Arbeitsplätze schaffen müssen. Eine aktivere Haltung ist notwendig. Es sei auch beschämend, daß etwa der Wiener Landeshauptmann nicht wie sein Kollege aus der Steiermark Initiativen zeige, wenn Betriebe Entlassungen vornehmen müssen.

In den USA seien in den Jahren 1961 bis 1966 die Industrieinvestitionen verdoppelt worden. Dabei noch eine interessante Feststellung: Die Forschungsinvestitionen machen 38 Prozent dessen aus, was die Industrie investiert. In Österreich zeigt ein Vergleich, daß die Industrieinvestitionen im gleichen Zeitraum um die Hälfte zurückgegangen sind und für die Forschung nur ein Prozent der Investitionsmittel ausgegeben wird.

Es ist widersinnig, neue Industrieansiedlungen zu begünstigen und bestehende zu vernachlässigen.

Abschließend richtet er die Frage was zu dem Eingriff am Wald- und Wiesengürtel - Umwidmung des Lagers Auhof in ein Industriegebiet - offiziell gesagt werde.

Gemeinderat Walzer (ÖVP) beschäftigt sich mit der Geschichte der Bürgerschaftsaktion und stellt fest, daß die Handelskammer schon seit drei Jahren mit ihr beschäftigt sei. Die kollektiven Bürgerschaften, die von den Sparkassen eigentlich erst aufs Tapet gebracht worden sind, sind für die Entwicklung und Erneuerung und somit für das Wachstum der Wirtschaft vom größtem Interesse. Die Kammer begrüßt die gemeinsame und koordinierte Aktion.

Abschließend gibt der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß Bank- und Kreditfachleute die Gesellschaft leiten werden, eine Einschränkung auf bestimmte Wirtschaftsgruppen wegfalle, und als Kriterium nur die Förderungswürdigkeit ausschlaggebend sein möge.

In seinem Schlußwort betont VBgm. Slavik den Wandel in der Anschauung über die Verpflichtung einer Gemeinde. Früher hat es Diskussionen gegeben, wenn der Gemeinderat sich in wirtschaftliche Belange eingeschaltet hat, heute steht dies außer Diskussion.

Unter Bezugnahme auf einen Briefwechsel zwischen der Kommunistischen Partei und dem Bürgermeister stellt der Redner fest, daß unser Wirtschaftssystem nicht ohne weiteres mit dem amerikanischen und auf keinen Fall mit den Wirtschaftssystemen im Osten verglichen werden kann.

Wir können Unterstützungen gewähren, Ansiedlungsaktionen durchführen, aber wir können kein Unternehmen zwingen, von all diesen Aktionen einer öffentlichen Hand Gebrauch zu machen.

Auf die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung übergehend, warnt Vizebürgermeister Slavik vor der Gefahr, vom Ende der Skala der entwickelten Länder an die Spitze jener der unterentwickelten Länder zu kommen. Es gibt keinen Zweifel, daß es uns besser geht als fast allen afrikanischen oder asiatischen Staaten, aber ebenso gibt es keine Zweifel, daß wir einen großen Rückstand gegenüber den wirtschaftlich entwickelten Staaten im Westen zu verzeichnen haben. Diesen Rückstand aufzuholen, ist eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik des Staates und der Länder und Gemeinden. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Aufschließung von Betriebsbaugebieten

Sodann referiert GR. Jodlbauer (SPÖ) über den Antrag, 50 Millionen Schilling für die Aufschließung der Betriebsbaugebiete im 21. Bezirk (Scheydgasse), 22. Bezirk (Trabrenngründe), 23. Bezirk (nördliche Perfektastraße) und 14. Bezirk (Auhof) zu genehmigen.

GR. Hans Mayr (SPÖ) stellt zunächst grundsätzliche Erwägungen zum Problem des Wirtschaftswachstums an und erklärt im Gegensatz zu der von GR. Lauscher vertretenen Auffassung, daß in der Planwirtschaft wohl die Grundzüge geplant werden sollen, was sich aber im einzelnen abspielt, dem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen werden soll. Mit der vorangegangenen Vorlage wurde einer der drei klassischen Produktionsfaktoren in Schwung gebracht, das Kapital. Mit diesem Antrag wird der Faktor Grund und Boden behandelt.

Fro Hektar des neu zu erschließenden Baulandes können 300 Arbeitsplätze errichtet werden. Die großen Reserven gestatten es also, großzügig geplante Betriebe mit entsprechender Produktivität zu errichten. Dazu kommt noch, daß die vier vorgesehenen Projekte in relativ kurzer Zeit zur Verfügung stehen. Das Auhofgebiet wird bereits Ende 1970, die drei übrigen Gebiete Ende 1971 vollkommen erschlossen sein.

Das Wiener Wirtschaftspotential im Rahmen des österreichischen Gewerbes verdient eine genaue Betrachtung. Während 23 Prozent aller Österreicher in Wien wohnen, stellt es 28 Prozent aller Beschäftigten. 26,1 Prozent aller Industrien sind in Wien ansässig, 45 Prozent der Papier-, 54 Prozent der Bekleidungsindustrie in Wien beheimatet. Die geballte Wirtschaftskraft der österreichischen Bundeshaupt muß erhalten bleiben.

Der dritte Faktor Arbeitskraft kann nur erhalten bleiben, wenn Wien mit allen Dienststellen zusammenarbeiten kann. Es ist auch eine Bereitschaft des Bundes notwendig, die Zahl der Arbeitskräfte in Wien zu erhöhen. Diese Einpendelung nach Wien zu schaffen - ohne Benachteiligung anderer Bundesländer - müßte schon aus Gründen der Vernunft bejaht werden. Die wirtschaftliche Entwicklung in Schwung zu halten, die Auftriebenden zu unterstützen, ist stetes Bemühen der Gemeinde Wien.

In seinem Schlußwort unterstrich GR. Jodlbauer, daß seitens der Wirtschaft noch etwas fehlt, um den nun von der Stadt in Angriff genommenen wirtschaftsfördernden Ring zu schließen, nämlich eine Betriebsansiedlungsgesellschaft.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dr. Prutscher (ÖVP) referierte über die Errichtung der neuen zentralen Versorgungsanlagen in St. Marx mit einem Kostenaufwand von 398 Millionen. Die erste Baurate für das Vorhaben in der Höhe von 25 Millionen Schilling ist im Kostenvoranschlag 1969 bedeckt, für den Restbetrag müsse in den kommenden Jahren Vorsorge getroffen werden. Vorbehaltlich der anstandslosen Ergebnisse der Bauverhandlungen möge die Baubewilligung erteilt werden.

GR. Peter (FPÖ) teilte mit, daß seine Fraktion grundsätzlich für die Errichtung der zentralen Versorgungsanlagen sei, daß er aber trotz aller Bemühungen keine Genehmigung des Finanzstadtrates Slavik für die 25 Millionen Schilling unter der angeführten Rubrik 51 gefunden habe, sondern daß dort lediglich 1,960.000 Schilling angeführt sind. Da also

./.

die Voraussetzungen für eine Beschlußfassung nicht gegeben sind, verlange seine Fraktion, das Geschäftsstück an den Finanzausschuß zurückzuverweisen und nach der Genehmigung wieder dem Gemeinder vorzulegen.

GR. Haag (ÖVP) bedauerte die langen Verzögerungen rund um die Errichtung des Fleischzentrums und regte an, daß man so rasch wie möglich eine Detailplanung in Auftrag geben soll, durch deren Ergebnisse echte Wirtschaftlichkeit und Rentabilität gewährleistet werden.

GR. Haag schloß mit der Forderung, daß der Fleisch-Detailmarkt unbedingt am gegenwärtigen Standort erhalten bleiben müsse.

Der nächste Debattenredner, GR. Seeböck (SPÖ), wandte sich gegen die in verschiedenen Zeitungen publizierte Nachricht, daß viele Millionen Schilling vom Stadtbauamt "verplant" worden seien.

1961 wurde eine Planungskommission zusammengestellt, die Stadtrat Dr. Prutscher unterstand, doch bis 1964 sei nichts geschehen. 1964 riß das Stadtbauamt die Initiative an sich und die der Gemeinde Wien nahestehende Firma "Interconstruct" erhielt den Auftrag, mit den Planungsarbeiten zu beginnen.

1965 war die Grobplanung vollendet, die Frage der Größenordnung des neuen Schlachthofes St. Marx war jedoch noch offen. Darüber sollte die Internationale Betriebs-Beratungsgesellschaft ein entsprechendes Gutachten liefern.

Im März 1966 wurde dieses Gutachten geliefert, darüber hinaus auch ein Plan, der gar nicht bestellt worden war. Als mutmaßliche Baukosten wurde ein Betrag vom 450 Millionen Schilling genannt.

Der Magistratsabteilung 23 oblag es, beide Projekte zu überprüfen. Dabei stellte sich heraus, daß jenes der Betriebs-Beratungsgesellschaft nicht den kommunalen Anforderungen entsprach; außerdem würden die Baukosten nicht 450, sondern 647 Millionen Schilling betragen. Zur Realisierung des Projekts der "Interconstruct" wären dagegen nur 610 Millionen erforderlich.

Hinsichtlich der Schlachtungen in St. Marx verlangte GR. Seeböck, daß alles getan werden müsse, um deren Zahl zu erhöhen. Im vergangenen Jahr wurden nur 370.000 Schweine geschlachtet. Das reiche nicht aus, um die Arbeitsplätze zu sichern.

Abschließend stellt der Redner fest, daß St. Marx die Chance hätte, ein Exportschlachthof zu werden und alles getan werden müsse, um die Chance zu nützen. Dem Antrag werde seine Fraktion gerne zustimmen.

Stadtrat Dr. Prutscher erklärt im Schlußwort, daß die Überschreitung des Voranschlages und auch die Kreditgenehmigung im zuständigen Ausschuß erfolgte und daher kein Grund für eine Absetzung des Geschäftsstückes vorläge.

Zur Frage Großmarkthalle: Es habe niemand mit der möglichen übersiedlung Freude, man könne jedoch eine derartige Chance nicht von sich weisen. Der Detailmarkt Landstraße sollte erhalten bleiben, denn derartige Märkte dienen den Konsumenten. Man hat solche Märkte auch im Ausland fast überall eingeplant. Die Planung, die von der Baufirma Interconstruct erfolgte, sei ohne Auftrag der Baudirektion geschehen. Der Akt, der die Kosten für die Planung bedecken sollte, kam in den Ausschuß XI. Ein Auftrag in dieser Höhe hätte jedoch durch den Ausschuß VI und den Ausschuß X gehen müssen. Das Projekt sah den Abbruch von Gebäuden vor, die noch gut und gern hätten 15 Jahre verwendet werden können. Alles das hat das Projekt so teuer gemacht. Ein zweites Gutachten wurde von der Internationalen Betriebs-Beratungsgesellschaft ausgearbeitet. Das Gutachten sieht eine Entwicklung in der Marktbeschickung voraus, die leider inzwischen eingetreten ist. Auf Grund dieser Marktuntersuchung haben wir eine Kenntnis der Grundlage, die wir für weitere Arbeit dringend brauchen. Die ÖVG erklärte sich bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die künftige Beschickung von St. Marx vorzusorgen.

./.

Bei der Abstimmung erhielt der Gegenantrag des GR. Peter nur die Stimmen der Freiheitlichen Partei und ist daher abgelehnt.

Der Antrag des Referenten wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Erster Bauabschnitt des Großmarktes Inzersdorf

Stadtrat Dr. Prutscher (ÖVP) referierte dann einen Antrag auf Genehmigung des ersten Bauabschnittes zur Errichtung des Blumengroßmarktes. Der Gemeinderat hat bereits 1966 die Errichtung des neuen Großgrünmarktes grundsätzlich beschlossen. Der Großmarkt soll in mehreren Bauabschnitten errichtet werden. Im ersten Abschnitt wird der Blumengroßmarkt samt den Nebenanlagen an der Laxenburger Straße gebaut. Die Kosten werden 32 Millionen Schilling betragen.

GR. Jedletzberger (ÖVP) hofft, daß man nun doch die größten Schwierigkeiten bei der Grundfreimachung überwunden habe. Die Lage sei für die Errichtung des Blumengroßmarktes in vielen Belangen sehr günstig.

Nach dem Abreißen der Phorushalle wird den Bewohnern dieses so eng verbauten Gebietes eine zusätzliche Grünfläche zur Verfügung stehen.

Der Blumengroßmarkt wird - und dies kann man ohne Übertreibung feststellen - eine der modernsten und wirtschaftlichsten Einrichtungen in Europa sein und gleichzeitig allen Wünschen der Interessierten entgegenkommen. Es war eine beispielhafte Projekterstellung unter fruchtbarer Zusammenarbeit aller Beteiligten. Von den acht eingereichten plänen war die Anbotstellung der Porr-AG in jeder Beziehung die beste. Nicht zuletzt war der von der Gesellschaft angeführte Fertigstellungstermin mit 15. Oktober dieses Jahres und der dabei noch angeführten Möglichkeit, daß die Übergabe möglicherweise noch einen Monat früher erfolgen könnte, ein Grund, daß man von dem Angebot Gebrauch machte. So kann man mit Sicherheit annehmen, daß die 3.500 Quadratmeter große Halle spätestens zu Jahresschluß von den Benützern bezogen werden kann.

Alles in allem ist die Errichtung des Blumengroßmarktes ein guter Auftakt für den Großgrünmarkt, der endlich eine klaglose Versorgung der Wiener Bevölkerung gewährleisten wird.

Im Schlußwort unterstrich Stadtrat Dr. Prutscher, daß der Detailmarkt des Naschmarktes nicht abgesiedelt wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Verbesserungen beim Wiener Wohnbaufonds

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referierte über Änderungen der sozialen Wohnbauförderung der Stadt Wien (Wiener Wohnbaufonds) in drei Punkten. Bei der Beschlußfassung der neuen Form der Sozialen Wohnbauförderung wurde darauf hingewiesen, daß man auf Grund der Erfahrungen nachträgliche Änderungen machen werde.

In Zukunft sollen Härten vermieden werden, die sich daraus ergeben, daß Mietzinsbeihilfen nur dann gewährt werden können, wenn vorher nicht zinsfreie Kredite genehmigt wurden. 290 Fälle mußten aus diesem Grund bisher negativ beschieden werden.

Ein zweiter Änderungsantrag betrifft die Mietzinsbeihilfe, für die bekanntlich die Höhe des Einkommens maßgebend ist. Beantragt wird eine dynamische Stufung in der Form, daß Beihilfen dann gewährt werden können, wenn das Einkommen bei einer beziehungsweise zwei Person(en) das eineinhalbfache der jeweiligen Dauerfürsorgeunterstützung nicht übersteigt. Für die dritte und jede weitere Person, die im gemeinsamen Haushalt lebt, kann sich das Familieneinkommen um jeweils 500 Schilling erhöhen.

Zur Erleichterung der Aufbringung der erforderlichen Eigenmittel für eine Wohnung kann der Wohnbaufonds den gesamten Zinsendienst für Darlehen übernehmen.

GR. Karger (KLS) teilte mit, daß seine Fraktion grundsätzlich die geringfügigen Erleichterungen begrüße, wenngleich festzustellen sei, daß damit den hunderttausenden Familien in Altwohnungen kaum geholfen ist. Er forderte, daß man die ÖVP zwingt, Maßnahmen für echte Assanierung zu treffen, Reparaturfonds und Rücklagen für Adaptierungen privater Häuser zu schaffen und dem Wohnungswucher ein Ende zu setzen. Schließlich

verlangt der Redner Maßnahmen, die dem skandalösen Wohnungsschacher mit Althauswohnungen Einhalt gebieten. Erforderlich werden die Einführung einer Abgabe für leerstehende Wohnungen, verbunden mit der Wiederherstellung des Anforderungsrechts durch die Gemeinde.

GR. Hahn (ÖVP) stellt fest: Auch die zweite Novelle zur sozialen Wohnbauförderung befriedigt nicht, sie beweist lediglich die von der ÖVP bereits im Dezember 1967 und Mai 1968 gemachte Feststellung, daß trotz langer Vorbereitungszeit im Gesetz Bestimmungen enthalten waren, die sehr hart und ungerecht sind. Dieser zweiten Novelle, die sich überwiegend mit der Mietzinsbehilfe bei reparaturbedürftigen Althäusern beschäftigt, werden wir selbstverständlich zustimmen, denn es entspricht dies einem ÖVP-Antrag vom Dezember 1968. Mit der Sinnesänderung der SPÖ wird wieder bewiesen, daß im Rathaus ÖVP-Initiativen und ÖVP-Anträge notwendig sind, um den Motor der Rathaus-Maschinerie richtig zum Laufen zu bringen.

Am vergangenen Freitag stand im "Kurier" zu lesen, die Wohn- und Mietbeihilfen werden verbessert. Leider ist die Nachricht falsch. Eine Urgenz, die ÖVP-Anträge zu behandeln, blieb leider erfolglos. Wichtig wäre vor allem die Behandlung des Antrages, die Einkommensgrenzen zu erhöhen. In unserem Antrag wurde die Erhöhung der beim Wiener Wohnbaufonds festgesetzten Einkommensgrenze gefordert, um den realen Einkommens- und Lohnverhältnissen zu entsprechen und einen Teil der Wohnungsuchenden von der Möglichkeit der Erlangung einer Gemeindewohnung beziehungsweise einer Genossenschaftswohnung nicht auszuschließen.

Die SPÖ fällt von einem Extrem in das andere; bis vor zwei Jahren konnten auch sehr gut Verdienende Gemeindewohnungen umsonst erhalten. In unserem Wahlprogramm von 1964 sind alle diese Wohnungsprobleme bereits aufgezeigt, die Sozialistische Partei hatte sie in ihrem Wahlprogramm 1964 noch nicht. Die Sozialistische Partei hat 1964 bestritten, daß 60.000 Wohnungen innerhalb von fünf Jahren gebaut werden können; nun ist es dank der Zusammenarbeit und der ÖVP-Initiativen doch gelungen.

Hoffen wir, daß es in der nächsten Legislaturperiode bei der dritten Novelle des Wiener Wohnbaufonds möglich sein wird, die Bestimmungen so zu verbessern, daß der Wohnbaufonds befriedigend für alle Wohnungsuchenden, vor allem für die jungen, wirken kann. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Windisch (SPÖ) hält seinem Vorredner entgegen, er tue so, als ob die ÖVP alles allein erfunden hätte. Die Mehrheitspartei will aber nicht lizitieren. Wenn etwas notwendig ist, dann brauchen wir keine Anträge, dann verhandeln wir mit den zuständigen Stadträten. Diese Verhandlungen wurden jetzt mit der Vorlage dieses Antrages positiv abgeschlossen. Natürlich sind wir hinsichtlich der Einkommensgrenzen nicht endgültig einverstanden. Aber am Jahresende wird geprüft, welche Mehrausgaben durch den heutigen Beschluß eintreten, und dann wird man sehen, ob weitere Erleichterungen möglich sind. Der Debattenredner stellt den Antrag, der Bürgermeister möge an die im Nationalrat vertretenen Parteien das Ersuchen richten, das Einkommensteuergesetz so zu novellieren, daß den Benützern von Wohnungen eine mit der Sozialen Wohnbauförderung der Stadt Wien errichtet werden, die gleichen steuerlichen Begünstigungen einzuräumen, wie bereits jetzt den Benützern von Eigentumswohnungen, Eigenheimen und genossenschaftlichen Wohnungen.

44.461 Anträge nach Paragraph 7 sind in den letzten zehn Jahren gestellt worden. Das Resultat: viele Mieter zahlen überhöhte Mieten. Wenn das Bundesministerium für Bauten und Technik dieser Tage den Entwurf zu einem Althauserneuerungsgesetz vorgelegt hat, der Bund für 1969 aber nur ganze zehn Millionen Schilling für die Erneuerung alter Häuser auswirft, so sei dies eine Frozzelei. Allein der Umbau der Blutgasse zum Beispiel habe 20 Millionen gekostet!

"317.000 Wohnungen gibt es in Wien, die das WC nicht innen haben und 223.000 sind ohne Wasser".

Erneut forderte er, der Bund möge ein Assanierungsgesetz verabschieden, sonst sterbe Wiens Innenstadt. Alle brauchen so ein Gesetz! Vielleicht ist der Entwurf des Bautenministeriums nur eine Ouvertüre?

Zu der Forderung, die Einkommensgrenze beim Wiener Wohnbaufonds soll erhöht werden? Die ÖVP möge erst einmal auf Bundesebene dafür sorgen, daß die Bundeswohnbauförderung annähernd so gut werde wie der Wiener Fonds (Applaus bei der SPÖ). ./.

Weil alle Macht im Bund bei ihnen liegt, appellierte die Redner an die ÖVP, sie solle ihren Freunden in der Bundesregierung das Assanierungsgesetz dringend nahelegen. Helfen Sie uns nicht mit Worten und Anträgen, sondern durch Taten. (Applaus bei der SPÖ.)

Der nächste Debattenredner, GR. Dr. Ebert (ÖVP), verwies auf die Tatsache, daß die Paragraph 7-Anträge in letzter Zeit lawinenhaft anschwellen. Dies lasse Rückschlüsse auf den schlechten Bauzustand des Wiener Althausbestandes zu. Aus allen diesen Fällen sei zu ersehen, daß der Mietzins ertrag eben nicht ausreiche, um die notwendig werdenden Reparaturen durchzuführen.

Vielleicht sei es Taktik der Gemeinde, die Althäuser verfallen zu lassen, um sie dann umso billiger in kommunalen Besitz bringen zu können.

Natürlich sind die Mieter an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig, da sie sich zuerst gegen kleinere Mietzinserhöhungen wehren, werden die Schäden größer und die zur Reparatur erforderlichen Beträge immer höher.

In seinem Schlußwort erwähnte Vizebürgermeister Slavik, daß die Gemeinde 200 bis 300 Millionen Schilling für die Erhaltung von Althäusern ausgegeben habe und kam dann auf die immer wieder kolportierte Behauptung zu sprechen, daß das Wohnungsamt die von der Gemeinde erbauten Wohnungen "nicht anbringe". Das Gegenteil sei richtig: die Zahl der Neubauwohnungen sei noch immer zu gering, um alle Wohnungswerber zufrieden zu stellen.

In Wien leben zwar nicht weniger als 23 Prozent der österreichischen Bevölkerung: in der Zuteilung von Mitteln für den Wohnungsbau seitens des Bundes werde dieser Tatsache allerdings nicht Rechnung getragen.

Stadtrat Heller hat sich die Mühe genommen, eine Aufstellung der Baurechtsgrundvergebungen an die der SPÖ und der ÖVP nahestehenden Genossenschaften zu machen. Vom 1. Jänner 1965 bis zum 1. Jänner 1968 wurden 63 Prozent der zur Verfügung stehenden Gründe an der SPÖ, 37 Prozent an der ÖVP nahestehende Genossenschaften vergeben.

(Zwischenruf VBgm. Dr. Drimmel: "Wir haben Ihnen mitgeteilt, daß diese Aufstellung unrichtig ist.") Die ÖVP wünscht überall dort den Proporz, wo sie sich in der Minderheit befindet. Dort wo sie die Oberhand hat, ist allerdings vom Proporz, keine Rede mehr.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Kurpark in Ober-Laa

GR. Sagmeister (SPÖ) referierte über den Antrag, für die Vorbereitungsarbeiten zur Errichtung der Großgrünanlage mit Kurpark und Sportzentrum in Ober-Laa im 10. Bezirk drei Millionen Schilling zu genehmigen. Für das Jahr 1969 sollen 2,5 Millionen Schilling bereitgestellt werden.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß diese für den 10. Bezirk so bedeutungsvolle Großgrünanlage errichtet und die WIG 1974 in dem jetzt so sanierungsbedürftigen Gebiet abgehalten werden soll. Die Voraussetzungen für eine Großgrünanlage von beispielgebender Bedeutung sind gegeben, nicht zuletzt deshalb, weil das Gebiet über eine Reihe landschaftlich reizvoller Seen und Ziegelteiche verfügt. Freilich wünsche er sich, daß die Kosten genauer als zur WIG 1964 kalkuliert werden, damit sich nicht im nachhinein eine hundertprozentige Überschreitung notwendig erweist. Zu dem angekündigten internationalen Wettbewerb sollte man die besten Fachleute heranziehen. Was das Kurzentrum Ober-Laa anlangt, sei die Thermalquelle 1965 gefaßt, 1967 als Heilquelle erklärt worden. Die 3 Millionen Liter Wasser, die täglich mit 53 Wärmegraden aus der Erde kommen, können täglich 5.700 Patienten zugute kommen. Erfreulich wäre es, wenn auf diesem Gelände auch ein Thermalschwimmbad errichtet werden könnte. Selbstverständlich müssen auch die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden, um die Besucher der WIG und des Erholungszentrums mit entsprechenden Verkehrsmitteln heranbringen zu können. GR. Hans Mayr, SPÖ; Diese Verkehrsmittel wären bereits vorhanden, hätten wir hier die Olympiade abhalten können.

./.

GR. Sagmeister begrüßt im Schlußwort die positive Einstellung des Vorredners und spricht die Hoffnung aus, daß die WIG 74 eine gute Fortsetzung der WIG 64 werden möge.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Änderung des Flächenwidmungsplanes für einen Teil der südlichen Lobau

GR. Sagmeister (SPÖ) referiert über eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im südlichen Teil der Lobau im 22. Bezirk, das auf ein Ersuchen der Wiener Hafenbetriebsgesellschaft um Überlassung einer Grundfläche im Anschluß an die bestehenden Öltanklager zurückgeht. Aufgabe der Gesellschaft sei es, die wirtschaftliche Entwicklung und den Ausbau der Hafenanlagen im Wiener Raum zu lenken, die Bedeutung des Wiener Hafens zu steigern und seine Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Im Rahmen dieser Aufgabe soll der Ölhafen Lobau ausgebaut werden und die dafür benötigten Flächen der ÖMV zur Verfügung gestellt werden. Es sei nun erforderlich, die in Aussicht genommenen Flächen aus dem Wald- und Wiesengürtel herauszunehmen. Um einen Ausgleich zu schaffen, sollen geeignete andere Flächen durch die Stadt Wien erworben und der Bevölkerung als Erholungsgebiet zugänglich gemacht werden.

Gemeinderat Bittner (ÖVP) bedauert, daß mit dieser Maßnahme die Industrialisierung der Lobau weiter fortschreite. Wir stehen heute vor der schwierigen Situation, einen Ausweg zu finden, durch den einerseits der Industrieplanung Rechnung getragen wird, andererseits aber dem Wunsch der Bevölkerung nach ausreichend Erholungsflächen. Es wurde hier eine Lösung gesucht, die den Wünschen beider Teile gerecht wird.

Für die Zukunft verlangt der Redner, die obere Lobau - mit Ausnahme des Ölhafens - ausschließlich als Erholungsgebiet zu widmen, einen ausreichenden Schutz für die Trinkwasserversorgung, ferner daß Ersatzflächen für Grünland, das für die Industrie gebraucht wird, durch diese bereitgestellt werden und ferner, daß keine Verkehrsader zwischen dem Hafen und Groß-Enzersdorf geschaffen werden soll.

GR. Sagmeister versichert in seinem Schlußwort, daß sich die Stadtverwaltung bemühen werde, die Ausgestaltung des in Aussicht genommenen Erholungsgebietes ehestens zu ermöglichen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zwanzig "fliegende" Klassenzimmer

GR. Wiesinger (SPÖ) referiert einen Antrag auf Kauf von zwanzig transportablen Klassenzimmern. Dadurch könne der Schulraumangel beseitigt werden. Mit der Anschaffung dieser 20 Klassenzimmer wird der Spitzenbedarf gedeckt werden können. Die erforderlichen Mittel belaufen sich auf 8 Millionen Schilling. In diesem Betrag sind auch die notwendigen Aufschließungskosten enthalten.

GR. Ascherl (SPÖ) verweist auf die steigenden Schülerzahlen an den Wiener Pflichtschulen. So wird es etwa im Schuljahr 1973/74 70.000 Volksschüler geben gegenüber nur 56.000 im Schuljahr 1967/68. Bei den Hauptschülern rechnet man mit 40.000 gegenüber 26.000 Schülern 1967/68. Besonders stark werden diese Zahlen in den Randbezirken als Folge der dortigen Bautätigkeit zunehmen. Die Stadtverwaltung trägt dieser Entwicklung durch Errichtung zweckmäßiger und moderner Schulen Rechnung. Aber trotz dieser sehr umfangreichen Bautätigkeit auf dem Schulsektor wird zeitweise mit einem Spitzenbedarf zu rechnen sein, für den man vorübergehend besonders viele Klassenräume bereitstellen muß, um Wechselunterricht und lange und gefährliche Schulwege zu vermeiden. Gerade in dieser Situation, bei diesem vorübergehenden Spitzenbedarf können mobile Schulen, transportable Schulpavillons eine sehr wertvolle Hilfe darstellen. Wir begrüßen es, daß zeitgerecht vorgesorgt wird, um auf dem Pflichtschulsektor nicht in eine ähnliche schwierige Situation zu gelangen wie etwa bei den Anstalten des Bundes.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.
Der Antrag wird einstimmig angenommen.

./.

Renovierung der Windischgrätz-Villa

Hierauf referiert GR. Fischer (SPÖ) über den Antrag auf Instandsetzung und Adaptierung der "Windischgrätz-Villa" in Wien 14, Linzer Straße. Er hebt hervor, daß es sich um ein wertvolles Baudenkmal der klassizistischen Zeit handelt und in Wien nur wenige Objekte aus dieser Stilepoche vorhanden sind. Mit dem Arbeitsbeginn mußte so lange zugewartet werden, weil es äußerst schwierig war, für dieses Objekt eine geeignete Funktion zu finden. Diese ist nun durch die "Kommunalwissenschaftliche Stiftung" gegeben.

GR. Wiesinger (SPÖ) erinnert an das von Frau Stadtrat Sandner aufgestellte Programm, mit dem auch die Gefahr der Zerstörung des vertrauten Stadtbildes abgewehrt werden soll, und erklärt: Auch in unserer schnelllebigen Zeit müssen wir immer daran denken, daß wir eine Reihe erhaltungswürdiger Objekte in unserer Stadt haben, die wir nicht nur erhalten, sondern denen wir auch eine Funktion zuweisen müssen. Eine solche wurde durch den Verein "Kommunalwissenschaftliche Stiftung" angeboten. Hier soll in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Welthandel und mit dem Städtebund ein Forschungs- und Informationszentrum für kommunale Fragen entstehen. Irreverhin handelt es sich um eines der letzten Werke jener Bauperiode und es ist gut von der Stadt, es so zu erhalten. Die Räume werden für Dokumentation, Information, Handbücherei und Zeitschriftensammlung verwendet werden und bilden praktisch ein Zentrum für kommunale Fragen.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.
Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Auflösung des Wiener Gemeinderates

Stadtrat Dkfm. Hintschig (SPÖ) bringt den Antrag auf Auflösung des Gemeinderates gemäß den Anträgen der Gemeinderäte Dr. Stemmer, Jodlbauer und Hlawka vom 14. Februar ein. Die Begründung: erfülltes Arbeitsprogramm seit den letzten Wahlen im Jahr 1964, Eintritt nach einem Vierteljahrhundert kontinuierlicher Gemeindegemeinschaft in eine neue Phase und schließlich Verringerung der Wahlbewegungen im laufenden Jahr und damit der Kosten für die Wahlwerbung.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ): Wir haben die offiziellen Gründe gehört und es sind keine neuen Gesichtspunkte hinzugekommen. Wenn man alles zusammenfaßt, sind die Begründungen nicht überzeugend.

Dr. Stemmer habe schon ausführlich berichtet, warum die Auflösung stattfinden soll, hat aber zu gleicher Zeit einräumen müssen, daß die Nationalratswahlen voraussichtlich doch erst im Frühjahr 1970 stattfinden werden. Was soll man dazu sagen?

Kosten werden auch nicht verringert, im Gegenteil: Nach den Gemeinderatswahlen im April werden im Herbst Arbeiterkammerwahlen kommen und im Frühjahr darauf Nationalratswahlen. Also ein volles Jahr nichts als Wahlen. Man hätte Kosten erspart, wenn man unseren Vorschlag ernst genommen und jeder Partei nur zwei Plakate und eine Postwurfsendung zugebilligt hätte. Statt dessen kleben Wahlplakate de facto schon seit drei Monaten.

Seit Jänner hört man immer wieder, das sozialistische Wahlprogramm sei erfüllt, oder, wie sich die Arbeiter-Zeitung vorsichtig ausdrückt, in den wichtigsten Punkten erfüllt. Selbst diese vorsichtige Fassung ist unrichtig, was man an Hand einer Postwurfsendung aus dem Jahr 1964 Punkt für Punkt nachprüft. Damals sprach man noch von den fertiggestellten Plänen für Straßenbahnunterführungen durch die Innere Stadt - das Wort U-Bahn war noch nicht modern. - Zwei Monate später erklärte Bürgermeister Jonas in seiner Antrittsrede, daß mit dem U-Bahn-Bau und dem Umbau des Karlsplatzes begonnen werde. Heute, vier Jahre später, braucht man eine neue Zustimmung der Bewohner Wiens für die zweite Verkehrsebene.

Und nicht anders verhält es sich mit dem im Jahr 1964 angekündigten Hochwasserschutz, der Donauinsel als Erholungsgebiet für die Wiener, der III. Wasserleitung, dem in der Legislaturperiode fertigzustellenden Bettenhochhaus im Rudolfs-Spital, dem Ausbau eines Pensionistenheimnetzes und der Schaffung eines Pflegeheimes im 22. Bezirk. Beschämt fast liest man, daß das Altersheim Lainz mit seinen 31 Objekten in den Jahren von 1902 bis 1904 fertiggestellt und in diesen wenigen Jahren mehr für die Alten Wiens als in der eben zu Ende gehenden Legislaturperiode getan wurde.

Was aber sind tatsächlich die Gründe für die mit so viel Eifer vorverlegten Gemeinderatswahlen? Etwa tatsächlich das Gerücht, daß das Defizit zu groß sei, das die SPÖ mit der Herausgabe ihres Hausblattes erleide (Zwischenruf Slavik: "Keine Sorge, wir erscheinen weiter!".) Ob die Rechnung der Mehrheitspartei aufgehen wird, werden erst die nächsten Wochen beweisen. Meine Fraktion hat jedenfalls keinen Anlaß, dem Antrag zuzustimmen.

GR. Mühlhauser (ÖVP) zitiert die Arbeiter-Zeitung, in der zu lesen stand, je früher gewählt werde, desto besser ist es für das österreichische Volk. (Demonstrativer Applaus bei SPÖ). Gemeint waren damit die Nationalratswahlen. Immer wieder wird von der Vorverlegung dieser Nationalratswahlen gesprochen, obwohl der ÖVP-Bundespartei Vorstand am 21. Mai verbindlich erklärt hat, daß von einer Vorverlegung keine Rede sein kann. Es scheint, daß die Sozialisten Gefangene ihres eigenen Parteiobmannes Dr. Kreisky geworden sind. Es scheint auch, daß die SPÖ eine Flucht nach vorne antritt, dem Grundsatz huldigend, daß der Angriff die beste Verteidigung ist und mit Wahlversprechungen und Wahlkampf vorbereitungen den negativen Eindruck zu verwischen versucht, den der Olah-Prozeß in der Bevölkerung hinterläßt. (Erregte Zwischenrufe bei der SPÖ: Siehe Müllner.) Festhalten möchte er, daß bis heute immer noch kein Ausschreibungs- und Finanzierungskonzept für die U-Bahn vorhanden ist, obwohl der Termin für die öffentliche Ausschreibung, am 4. Dezember 1968 von Stadtrat Heller im Rahmen eines Informationsgespräches verkündet, mit Ende Februar 1969 festgesetzt wurde.

Unter Hinweis auf das an den Wiener Plakatwänden affizierte Plakat mit dem Porträt von Bürgermeister Marek und der Inschrift "Wien modern gestalten, lebenswert erhalten", stellte der Debattenredner fest, daß damit die SPÖ den Wahlkampf in Wien begonnen habe.

Die Behauptung, die vorzeitige Auflösung des Gemeinderats sei berechtigt, weil das Arbeitsprogramm erfüllt wäre, stimme nicht. Das Versprechen, den Süden Wiens aufzuschließen, sei noch immer offen: erst heute wurde die Finanzierung eines Wettbewerbs beschlossen, der diesem Zweck dient.

Abschließend stellte GR. Mühlhauser fest, Dr. Stemmer habe 1966 im Hinblick auf die Parteienvereinbarung dargelegt, daß vorzeitige Wahlen nur im Einvernehmen beider Parteien möglich seien. Nun sei man offensichtlich anderer Meinung: die SPÖ Wiens habe dadurch an Glaubwürdigkeit verloren.

Die ÖVP werde den Antrag jedenfalls ihre Zustimmung verweigern.

Als nächster Debattenredner sagte GR. Lauscher (KLS), es sei weniger wichtig, über die Gründe der vorzeitigen Auflösung des Gemeinderates zu debattieren, als sich zu überlegen, wie man die Wahlen nützen könne, der Bevölkerung die Probleme Wiens nahezubringen. Da GR. Lauscher die FPÖ-Fraktion als "Schwanzerl der ÖVP" apostrophiert hatte, wurde er oftmals durch Zwischenrufe aus dieser Richtung unterbrochen. (GR. Dr. Schmidt: "Und Sie sind der Schammes der SPÖ!")

Wien leide schwer unter der Unfähigkeit und Intoleranz der Bundesregierung, sagte Lauscher; bedauerlicherweise leiste jetzt auch die ÖVP im Wiener Gemeinderat der Bundesregierung Schützenhilfe.

Gleichzeitig haben die Sozialisten glaubhaft machen wollen, daß die Koalition im Rathaus ausgezeichnet funktioniere.

Wie kann eine Zusammenarbeit klaglos funktionieren mit einer ÖVP im Stadtsenat, die der Wien-feindlichen Bundespolitik Schützenhilfe leistet. Als beispielgebend für eine Zeit guter Wiener Kommunalpolitik seien die Jahre 1922 bis 1933 zu nennen. Leider sind die Sozialisten in diesem Haus zu Gefangenen der Politik der Volkspartei geworden, und der Koalitionspartner setzt die Grenzen der Wiener Rathauspolitik.

Heute hat sich der ÖVP-Redner mit seiner ganzen Überredungskunst auf Nebenfragen konzentriert, über den Olah-Prozeß gesprochen, also ein typisches Beispiel dafür gegeben, "red ma von was ändern". Die Volkspartei habe Grund genug, vor ihrer eigenen Tür zu kehren. In einer Zeit wie wir sie heute erleben, mit ihren ersten sozialen und wirtschaftlichen Problemen, sollte die Bevölkerung viel mehr zur Anteilnahme an den Fragen der Öffentlichkeit erregt werden. Nur wenn sich die Öffentlichkeit interessiert, wird sie auch zur Wahlurne gehen. Diese Wahlen sollten zu einer Abrechnung mit der Politik der Volkspartei gegenüber Wien führen.

Auf Grund der Zwiespältigkeit in der Politik der sozialistischen Fraktion haben die Sozialisten an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Das sei auch der Grund, warum seine Fraktion der Auflösung des Gemeinderates und der Vorverlegung der Wahlen nicht zustimmen kann.

GR. Binder (SPÖ) stellt fest, daß der Antrag auf Vorverlegung bereits begründet wurde. Die Überlegungen waren nicht leicht und gingen in zwei Richtungen: eine politische und eine sachliche. Man will über die Politik dieses Hauses einen Wahlkampf führen und nicht über Olah und nicht über die Bundespolitik.

In Wirklichkeit verlegen wir die Wahlen von nach den Ferien vor die Ferien. Schließlich wissen ja alle, daß Juli und August, vielfach auch schon Juni und noch September, Urlaubsmonate sind und ein vorher begonnener Wahlkampf dann erneut geführt werden müßte.

Wir glauben, unser Wahlprogramm von 1964 in großen Zügen erfüllt zu haben; auf manchen Gebieten haben wir mehr getan, als wir versprochen haben. Wir haben die Bevölkerung bei Neuwahlen aufgefordert, zu prüfen, ob wir unsere Versprechungen erfüllt haben. Die Bevölkerung hat bisher unsere Leistungen anerkannt, während die ÖVP mit dem Bestreiten von Fakten schon eine Wahl und einen Vizebürgermeister verloren hat.

Die Bevölkerung kann sehen, was wir gemacht haben, denn die Horte, Kindergärten, Schulen und Straßen sind da. Die Bevölkerung hat es gesehen, da kann man nicht sagen, wir Sozialisten haben nichts gemacht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir werden der Bevölkerung im Wahlkampf auch sagen, warum etwas noch nicht erfüllt ist. Wir werden ihr auch sagen, daß der U-Bahn-Bau Geld kostet, daß er große Verkehrsstörungen verursachen wird. Wir werden ihr aber auch sagen, daß Tausende von Arbeitern und Angestellten und Hunderte von Gewerbebetrieben auf Jahre hinaus eine gesicherte Existenz haben werden. Und wir wollen, daß sie Geld verdienen, weil wir genau wissen, daß Sozialismus Geld kostet. Kindergärten, moderne Schulen und Spitäler - das alles kostet Geld, und deswegen müssen die Menschen verdienen.

Nachhaltig wendet sich der Redner gegen den Vorhalt, die vorzeitige Auflösung des Gemeinderates wäre un-demokratisch. Ob der Gemeinderat aufgelöst wird, sagt er, unterliegt einzig und allein dem Willen dieses Hauses. Und wenn ein Universitätsprofessor meint, eine vorzeitige Auflösung sei nur demokratisch, wenn zwingende Gründe vorliegen, dann muß man daran erinnern, es hat einmal unter Dollfuß einen hohen Juristen gegeben, der das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz ausgegraben hat, mit dem das Parlament ausgeschaltet wurde. Wir sollten nicht so leichtfertig über Demokratie reden. Man redet so viel über Demokratie, und da muß ich fragen: Ist sie wirklich in den Hirnen und Herzen auch der Parlamentarier verankert? Wie kann sie dann im Volk verankert sein, wenn sie es nicht einmal in den gewählten Körperschaften ist. Das ist die Sorge für die Zukunft: der Kampf für eine Gesellschaftsform, die das zivilisierte Leben unter den Menschen möglich macht.

"Wir müssen es allen sagen: Helft mit, damit wir alle glücklich, frei und anständig leben können." Was hier in Wien getan wird färbt ab auf alle Bundesländer. Der Beitrag Wiens ist ein Dienst an Europa. Darum die Auflösung, um der Wiener Bevölkerung neuerlich die Möglichkeit zu geben, über die Zusammensetzung der entscheidenden Körperschaften unserer Stadt zu bestimmen.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.
Der Antrag wird mit Stimmen der SPÖ angenommen.

./.

Die Schlußansprache des Bürgermeisters:

Fairneß und Toleranz gegenüber dem politischen Gegner
=====

21. Februar (RK) Vor Schluß der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates ergriff Bürgermeister Bruno Marek das Wort und führte aus:

"Der Gemeinderat hat in seiner heutigen Sitzung seine Auflösung beschlossen, um der Wiener Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, über die neue Zusammensetzung der entscheidenden Körperschaft unserer Stadt sowie der Bezirksvertretungen, zu bestimmen. Ich werde im Sinne des § 3 der Wiener Gemeinderatswahl-Ordnung den Wahltag rechtzeitig kundmachen.

Es obliegt mir als Bürgermeister, die Schlußansprache zu halten. Wir haben die Redner der Fraktionen gehört, die zu diesem Antrag Stellung genommen und ihre Argumente gegeben haben. Erlauben Sie mir - und ich sehe keinen anderen Weg - daß ich die Argumente, die zum Mehrheitsentscheid geführt haben, kurz aufzeige, um zu Schlußfolgerungen, zu Empfehlungen, die ich mir erlaube, den Mitgliedern dieses hohen Hauses mitzuteilen, zu gelangen. Die Mehrheit der Mitglieder des Wiener Gemeinderates ließ sich dabei ausschließlich von der Erkenntnis leiten, daß die Wiener Bevölkerung ein Recht darauf hat, zu einem Zeitpunkt ihre Meinung kund zu geben, in dem Großprojekte von außergewöhnlicher zeitlicher Ausdehnung und finanzieller Tragweite in Angriff genommen werden. Ich bin ferner der Meinung, daß die Wiener ihren politischen Willen tunlichst unbeeinflußt von anderen, außerhalb unserer Stadt gelegenen Entwicklungen und Ereignissen äußern sollen. Eine solche Meinungsäußerung erfolgt in einer Demokratie durch Stimmabgabe. Zu dem Einwand, diese Abstimmung wäre auch im Herbst nach dem Auslaufen der Legislaturperiode ebenso möglich gewesen, möchte ich zu bedenken geben, daß eine sechsmonatige Vorverlegung zwar keine so große Zeitspanne darstelle, aber immerhin dazu ausreicht, der Wiener Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, unbeeinflußt von schon im Gang befindlichen Auseinandersetzungen um die Nationalratswahl ihre Entscheidung zu treffen.

./.

Niemand kann bestreiten, daß die innenpolitische Fieberkurve im heurigen Herbst, ohne Rücksicht darauf, ob die Nationalratswahl am 1. März 1970 oder früher abgehalten wird, schon merklich angestiegen sein wird. Daß eine solche Atmosphäre der sachlichen Erörterung der Wiener Probleme nicht zum Vorteil gereicht, ist einleuchtend. Durch die Festsetzung der Gemeinderatswahl auf den 27. April soll verhindert werden, daß Probleme, die am Ballhausplatz und im Hohen Haus am Ring zu diskutieren und zu lösen sind, mit den Aufgaben unserer Stadtverwaltung vermengt werden. Wir sind es unserer Bevölkerung, insbesondere der Jugend, schuldig, daß wir ihr eine gründliche Beurteilung der von uns geleisteten Arbeit und der verschiedenen Ansichten über die Lösung der wichtigsten Zukunftsaufgaben ermöglichen.

Das Wahlrecht, das die Demokratie gewährleistet, wird von der Bevölkerung sicher nicht als Belastung, sondern als die Möglichkeit der Mitbestimmung empfunden. Nur Nichtdemokraten behaupten, daß die Bevölkerung nicht gerne von diesem höchsten Recht Gebrauch macht.

Der Wiener Gemeinderat hat das heurige Budget, das letzte dieser Verwaltungsperiode, ordnungsgemäß verabschiedet, so daß der Stadtsenat seine Arbeiten unbeeinflußt fortsetzen kann und wird. Ich glaube, daß ich es mir vor diesem Forum ersparen darf, die Leistungen, die in der abgelaufenen Verwaltungsperiode vollbracht worden sind, einzeln aufzuzählen. Es ist eine nicht wegzudiskutierende Tatsache, daß auf vielen Gebieten des Arbeitsprogrammes, das noch unter meinem Amtsvorgänger, unserem hochverehrten Herrn Bundespräsidenten Franz Jonas, erstellt wurde, mehr Leistungen erbracht werden konnten, als ursprünglich vorgesehen waren.

./.

Durch die Vorverlegung der Gemeinderatswahl werden mehrere Ziele erreicht werden: Erstens wird die Zeit bis zur Wahl auf zwei Monate verkürzt, wodurch sich zwangsläufig auch eine Verminderung des Kostenaufwandes der wahlwerbenden Parteien für die Wahlauseinandersetzung ergibt - eine Tatsache, die nicht nur von den Parteien, sondern auch von der Bevölkerung begrüßt werden wird. Ferner wird der neue Gemeinderat noch vor den Sommerferien zusammentreten und infolgedessen mit seinen Vorarbeiten für das nächste Budget rechtzeitig beginnen können. Bei Herbstwahlen wäre die Zeit für die Vorarbeiten zur Budgeterstellung außerordentlich kurz gewesen.

Meine Damen und Herren! In dieser Stunde, da der im Jahre 1964 gewählte Gemeinderat, der den Weg unserer Heimatstadt bis heute bestimmt hat, seine letzte Sitzung abhält, ist es mir ein Bedürfnis, jedem einzelnen Mitglied unseres Rates, gleich wo er steht und welche Meinung er vertritt, meinen aufrichtigen und herzlichen Dank auszusprechen. Ich bin überzeugt, daß sie alle, meine Damen und Herren, nur das Beste für unsere Stadt gewollt haben, daß Ihnen über alle Verschiedenheiten der Ansichten hinweg stets ein verbindendes Ziel vorgeschwebt ist: das Wohlergehen unserer Stadt und ihrer Bevölkerung.

Ich gedenke auch jener Mitglieder des Gemeinderates, die nicht mehr unter uns sind. Auch ihnen gilt unser Dank für alles, was sie für unsere Stadt geleistet haben.

Meine Damen und Herren! Wenn wir heute auseinandergehen, bitte ich Sie, dies mit dem festen Vorsatz zu tun, einen fairen, sachlichen Wahlkampf zu führen, in dem die besten Argumente entscheiden sollen. Wir Mandatäre der Bundeshauptstadt stehen in diesen Wochen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und des Interesses von ganz Österreich.

./.

Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, einen neuen, wirklich demokratischen Stil in unserer Auseinandersetzung finden, einen Stil, der vorbildlich und richtungsweisend für das ganze Land sein möge. Nehmen wir auch Rücksicht auf die Gebäude, Denkmäler, Einrichtungen und auf die Straßen.

Vergessen wir vor allem eines nicht: sechs Jahrgänge von Jungwählern schreiten bei dieser Wahl zum erstenmal zur Urne. Wenn wir vor den unbestechlichen Blicken der Jugend bestehen wollen, können wir dies nur mit dem Hinweis auf vollbrachte Leistungen und auf konkrete Pläne und Aufgaben, die wir in naher Zukunft angehen wollen. Zeigen wir der Jugend die großen Perspektiven, die uns vor-schweben, auf die unsere Alltagsarbeit ausgerichtet sein muß, wenn sie erfolgreich und fruchtbar sein soll.

Es entspricht dem Wesen der Demokratie, daß die Parteien mit objektiven Argumenten um das Vertrauen der Wähler werben, daß sie ihre Absichten und Programme erläutern und den Bürgern der Stadt zur Begutachtung und Kritik unterbreiten. Unsere Bevölkerung, meine Damen und Herren, ist in Jahren der Prüfung wahrlich reif genug geworden, um sich selbst ein politisches Urteil zu bilden. In einem Wiener Wahlkampf bedarf es keiner Propaganda, die verschleiert und ungebührlich glorifiziert. Der Mutterwitz unserer Bevölkerung läßt eine solche Argumentation nicht zu. Wenn man den Wähler sachlich aufklärt und orientiert, vermag er von selbst zu erkennen, was für die künftige Entwicklung unserer Stadt konstruktiv, vorteilhaft und nützlich ist.

Diese Überlegung sollte uns auch zu Fairness und Toleranz gegenüber dem politischen Gegner führen. Es gehört auch zum Wesen der Demokratie, Widerspruch und andere Meinungen gelten zu lassen und notfalls auch den Kompromiß als gemeinsamen Weg in die Zukunft zu respektieren. Das schließt den Wettbewerb, den ideellen geistigen Kampf nicht aus. Wetteifern wir aber miteinander im Positiven, billigen wir dem politischen Mandatar der anderen Partei die gleiche demokratische Ausgangsposition zu und suchen wir einander in der praktischen Anwendung der Demokratie, in der selbstlosen Tätigkeit zum Wohl und zum Nutzen unserer Stadt zu übertreffen.

Den guten Glauben und den ehrlichen Willen wollen wir jedermann in diesem Wahlkampf zugestehen und uns persönlicher, verletzender Kritik enthalten. Denn auch wenn wir uns nach diesem Wahlgang

wiedertreffen, wird die Zukunft dieser Stadt unverändert weiterhin unser gemeinsames Schicksal sein. Denken wir daran in den nächsten Wochen, meine Damen und Herren, wahren wir die Würde der Bundeshauptstadt - die Bevölkerung wird es uns danken."

Der Vorsitzende, Bürgermeister Bruno Marek, schließt um 16.30 Uhr die Sitzung.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

Bundesrat Porges dankt für Wiener Orden
=====

21. Februar (RK) In einem Schreiben an den Präsidenten des Wiener Landtages, Dr. Wilhelm Stemmer, hat Bundesrat Alfred Porges für die hohe Auszeichnung gedankt, die ihm und Nationalratspräsident Dr. Maleta vor einigen Tagen zuteil wurde. In dem Schreiben heißt es:

"Ich weiß die Ehre zu schätzen und bin mir bewußt, daß die Verleihung der höchsten Wiener Auszeichnung an Sie, Herrn Präsident Maleta und mich ein Akt war, mit dem unsere Tätigkeit für die Demokratie in Österreich gewürdigt werden sollte.

Es sind daher weniger die äußeren Symbole - Band und Stern -, die mir Freude bereitet haben, sondern die mit diesen Symbolen zum Ausdruck gebrachte Anerkennung. Die Spanne Lebenszeit, die mir zugemessen ist, soll der Erfüllung einer inneren Verpflichtung dienen: Demokratie, Freiheit und Menschenwürde als höchste Güter zu betrachten und an deren Vollendung weiterzuarbeiten."

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

21. Februar (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 6 bis 7 S, Kohl 6 bis 8 S, Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse "I" 8 bis 10 S, Qualitätsklasse Kochobst 4 bis 5 S, italienische Birnen 6 S, Jaffa-Orangen 6,50 S je Kilogramm.

- - -